



UMU

- WIR EIGENTÜMERUNTERNEHMER -

Wirtschaftsentwicklung und Erwartungen des Mittelstandes 2013

Ergebnisse einer Umfrage bei mittelständischen
Unternehmen in 14 Bundesländern mit Schwerpunkt auf
die Betriebsgröße bis 250 Beschäftigte

Union Mittelständischer Unternehmen e.V. - UMU – Wir Eigentümerunternehmer,
Edelsbergstraße 8, 80686 München, Tel. 089-57007-0, Fax 089-57007 260,
E-Mail: info@umu.de, www.umu.de

zusammen mit:
Bundesverband Deutscher Mittelstand e.V. – BM
Europäisches Wirtschaftsforum e.V. – EWIF Deutschland

INHALTSVERZEICHNIS

Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung und Erwartungen des Mittelstandes 2012/2013

Seite	3	A.	Geschäftsentwicklung und Unternehmensplanung Vorbemerkung
Seite	3		Wirtschaftslage und Politik
Seite	6		Geschäftsentwicklung 2012/2013
Seite	7		Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung
Seite	8		Investitionsplanung 2013
Seite	9		Welche Investitionen?
Seite	10		Hauptthemnisse der Wirtschaftsentwicklung
Seite	11	B.	Beschäftigungssituation in der mittelständischen Wirtschaft
Seite	12		Beschäftigung in den mittelständischen Unternehmen
Seite	14		Anpassung an veränderte Marktsituationen
Seite	15		Betriebsgrößen der befragten Unternehmen
Seite	15		Branchen der befragten Unternehmen
Seite	15	C.	Fragen zu Politik der Bundesregierung, Handlungsbedarf, Schuldenkrise, Banken, Energiewende
Seite	16		Schuldenkrise
Seite	17		Bankenregulierung
Seite	18		Energiewende
Seite	19	D.	Arbeitsmarkt und Sozialpolitik
Seite	19	E.	Fragen zu den Parteien
Seite	21		Zusammenfassung

Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung und Erwartungen des Mittelstandes zur Jahreswende 2012/2013

Ergebnisse einer Umfrage bei mittelständischen Unternehmen in 14 Bundesländern

Die Union Mittelständischer Unternehmen e.V. – UMU, München, ein parteipolitisch unabhängiger Verband des Mittelstandes mit ca. 70 000 vertretenen Mitgliedsunternehmen, hat in der Zeit zwischen 28. November und 16. Dezember 2012 eine Repräsentativbefragung von Unternehmen des Mittelstandes durchgeführt. Die Schwerpunkte dieser Umfrage lagen auf den Gebieten: Erwartung an die Geschäftsentwicklung, Unternehmensplanung und Beschäftigungssituation 2012-2013 sowie Fragen zur Politik. Im Rahmen der Eil-Umfrage wurden 6.000 Mittelstandsunternehmen befragt.

A. Geschäftsentwicklung und Unternehmensplanung

Vorbemerkung

Grundlage der Befragung ist ein Umfrageraster, das für Mittelstandsumfragen entwickelt wurde und bereits seit Jahren mit großer Tendenzgenauigkeit angewendet wird.

Diese Repräsentativbefragung bei mittelständischen Unternehmen dient als Grundlage verbandspolitischer Überlegungen und zur Information der Öffentlichkeit.

Der erste Teil der Umfrage beschäftigt sich grundsätzlich mit Themen, die seit Jahren abgefragt werden und die deshalb Aussagen zu Entwicklungen und Trends durch Vergleich mit den Vorjahren ermöglichen. Dies sind die Fragengruppen A und B zur Geschäftsentwicklung und Unternehmensplanung, zur Beschäftigung und zur Produktion.

In der Fragegruppe C werden aktuelle Themen behandelt. Heuer „Fragen zur Politik der Bundesregierung“, Handlungsbedarf, Schuldenkrise, Banken und Energiewende.

Dabei steht im Mittelpunkt der Handlungsbedarf in den einzelnen Politikbereichen.

In D stellen wir Fragen zum Arbeitsmarkt und zur Sozialpolitik und in E zu den Parteien.

Die Fragebögen sind so aufgebaut, dass sich durch Kontrollfragen Stimmungen interpretieren lassen. Die Ergebnisse dieser Umfragen haben, im Nachhinein betrachtet, in allen Jahren - z. T. sogar gegen allgemeine Stimmungen in der Öffentlichkeit – recht genaue Prognosen ermöglicht, obwohl wir immer wieder darauf hingewiesen haben, dass damit keine Repräsentativbefragung mit den letzten Weihen der wissenschaftlichen Statistik vorgelegt werden soll, sondern nur ein Bild über die augenblickliche Stimmung und Situation im Mittelstand.

Wirtschaftslage und Politik

Nach den Turbulenzen um den Euro und trotz Absatzproblemen der Automobilindustrie, zeigt sich die deutsche Wirtschaft zur Jahreswende 2012-2013, zumindest was den Mittelstand anbetrifft, in einem konjunkturell guten Zustand. Im Vorjahr hatten wir noch Anzeichen eines leichten Abschwungs gesehen, der sich im Laufe des Jahres aber nicht durchgesetzt hat.

Grund dafür dürfte die gute Binnennachfrage sein, die, auch getragen von den Tarifabschlüssen, gerade dem Mittelstand zugute kommt.

Obwohl in den Medien und bei manchen Forschungsinstituten vom Konjunkturabschwung die Rede ist, vergibt der Mittelstand für die Wirtschaftslage nach wie vor gute Noten.

Das Klima ist weiter gut und das, obwohl die schwarz-gelbe Koalition und ihre Politik auch kritisiert werden. CDU/CSU und FDP werden im Wahljahr 2013 alles tun, damit sich die Wirtschaftslage nicht verschlechtert, auch wenn sich bei manchen Industrieunternehmen Wolken am Horizont zeigen.

Gegenwärtig bezeichnen 53,1 Prozent der mittelständischen Unternehmer die Wirtschaftslage als gut, das ist nahezu der gleiche Wert wie im Vorjahr (52,2%). Auch bei der Bewertung *mäßig* und *schlecht* hat sich die Beurteilung kaum geändert. 42,7 Prozent bewerten die Lage als mäßig und nur 4,2% als schlecht.

Dass die Kanzlerin innenpolitisch in letzter Zeit wenig durch Regieren aufgefallen ist und auch außenpolitisch kaum eine klare Linie erkennen lässt, scheint zumindest auf die Wirtschaft nicht durchzuschlagen. Dass Merkels Politik eher „wilhelminisch“ sei (deutsches Vormachtstreben und einseitige Durchsetzung deutscher Vorstellungen von Krisenpolitik), wie vielfach behauptet wird, sehen 77,7 Prozent der Unternehmer aber nicht. Nicht überall in Europa wird das von den Betroffenen so gesehen. Nicht nur in Griechenland, auch in Spanien, Portugal und Italien stößt Merkels Sparpolitik auf Ablehnung.

Die befragten mittelständischen Unternehmer stützen aber die Sparpolitik der Kanzlerin und sind zu 78,5 Prozent der Ansicht, dass Griechenland nur geholfen werden soll, „wenn es eine effizientere Verwaltung erreicht hat“.

Wo es in Ländern der EU, wie in Griechenland, strukturelle Defizite gibt, sollte dennoch durch geeignete Maßnahmen geholfen werden. Sparkurse um jeden Preis stören und zerstören gesellschaftliche Strukturen und den sozialen Frieden in den betroffenen Ländern. Sie schädigen auch die Märkte. Das fällt auf die Exportnation Deutschland zurück, wie sich an den Absatzzahlen der Mittelklasse bei der Automobilindustrie bereits zeigt. Der Mittelstand lehnt daher auch einen deutschen Ausstieg aus der Eurozone und Bildung eines „Sonder-Euros“ mit harten Stabilitätskriterien und mit anderen Ländern zusammen ab. 54 Prozent sind dagegen.

Deutschland braucht einen stabilen Euro, aber auch Europa als Ganzes, um angesichts der Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht in die Bedeutungslosigkeit zu fallen. Wir brauchen ein starkes Europa, das mit einer Stimme spricht und nicht ein europäisches Konzert von Stimmen kleiner Länder, die keiner ernst nimmt. Die Stimmrechte bei der EZB sind auch entsprechend unserem Haftungsanteil zu erhöhen, also auf 27 Prozent.

Die Rettung des EURO, überwiegend eine erneute Subventionierung der Banken durch die Steuerzahler in den betroffenen Ländern, kann nach wie vor nicht als endgültiger Erfolg angesehen werden.

Mittelfristig sind die Prognosen für den EURO, zumindest wenn man US-amerikanischen Experten glauben will, eher negativ. Da mag zwar wohl oft der „Wunsch Vater des Gedankens“ sein, aber ein Restrisiko bleibt.

Wer an Europa zweifelt und nicht mit Leidenschaft dafür kämpft, schafft die Voraussetzung für die Abschaffung der gemeinsamen Währung. Nationale Egoisten schaden Europa und atomisieren dessen weltpolitischen und ökonomischen Einfluss.

Innenpolitisch wurden, wie in der Wahlperiode zuvor, von der Regierung viele ihrer angekündigten Maßnahmen nicht, oder nur teilweise realisiert und Versprechungen nicht eingehalten.

Bei den Maßnahmen zur Begrenzung der Bankenmacht geht es nur in Trippelschritten voran. So langsam, dass 71,5 Prozent der mittelständischen Unternehmer davon bisher nichts bemerkt haben. Auch Banken sollen in Konkurs gehen können, meinen 70 Prozent der mittelständischen Unternehmer, rund 26 Prozent halten aber die Bankenrettung für richtig. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen: Banken können sich mit Hilfe einer Bad Bank ihrer Schulden entledigen, Unternehmen (z.B. Schlecker) bekommen nicht die Chance einer „Bad Company“, um ihre Schulden zu restrukturieren.

Für Mindestlöhne, von der Union in Lohnuntergrenzen umgetauft, sind inzwischen 51 Prozent der mittelständischen Unternehmer. Dafür, dass sich die Regierung um die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge kümmern soll, sind 80,8 Prozent.

Die kleinen und mittleren Unternehmen leben aus der Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Mitarbeitern. Die Tugenden der ehrbaren Kaufleute tragen diese Zusammenarbeit. Sie müssen künftig wieder mehr als bisher zum gestaltenden Element der sozialen Marktwirtschaft werden. Dazu ist es notwendig die Rahmenbedingungen zu verbessern und ggf. Instrumente zu schaffen, die geeignet sind, für eine breit aufgestellte und mittelständisch strukturierte Wirtschaft zu sorgen.

Es gibt eine Reihe von Hinweisen darauf, dass die Soziale Marktwirtschaft, wie sie Ludwig Erhard verstanden hat, im Deutschland des 21. Jahrhundert nicht mehr existiert.

Wie die neueste Untersuchung des DIW und der Universität Bremen für die Bertelsmann-Stiftung zeigt, schrumpft die Mittelschicht in Deutschland dramatisch und ist in den vergangenen Jahren um mehr als fünf Millionen kleiner geworden. "Gemessen an den Reallöhnen, dem realen Haushaltsnettoeinkommen und dem Vermögen, hat die Einkommensmittelschicht in Deutschland in den vergangenen Jahren zum Teil deutliche Einbußen erlitten", zitiert die Süddeutsche Zeitung aus der Studie. Das trifft auch für die kleinen Selbstständigen in Deutschland zu.

Das Versprechen "Wohlstand für alle", Titel des berühmten Buches von Ludwig Erhard, werde "nicht mehr so eingelöst wie noch in der langen Phase seit den fünfziger Jahren", heißt es in der Studie. Auch wenn in Zeiten mit weniger Wachstum, wie in den letzten Jahren, weniger verteilt werden kann, ist es Aufgabe der Regierung für eine entsprechende Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen. Die „Mittelstandspolitik“ eignet sich besonders gut für Wahlreden. Sie ist, wenn sie konsequent betrieben wird, aber eine Politik des Nachteilsausgleichs für kleine und mittlere Unternehmen.

Es wäre ein Grund, die Kanzlerin Merkel wieder zu wählen, wenn sie das erkennen und durch sie geeignete Maßnahmen realisieren würde. Eine stärkere Einbindung des Mittelstandes, der dieses Land trägt, ist dafür erforderlich.

Mehr darüber im Teil E der Umfrage, die sich mit den politischen Parteien beschäftigt.

I. Geschäftsentwicklung 2012/2013

Auf die Frage

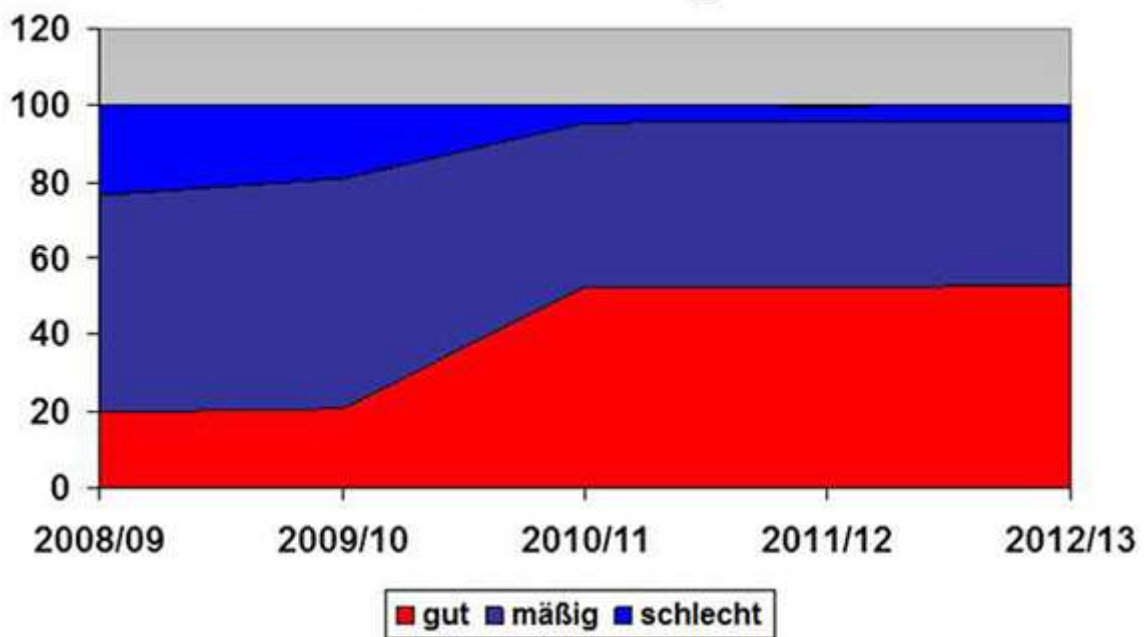
“Wie beurteilen Sie die gegenwärtige wirtschaftliche Lage?”

antworteten:*

	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13
gut	19,9%	20,6%	52,8%	52,2%	53,1%
mäßig	56,4%	60,3%	42,6%	43,5%	42,7%
schlecht	23,7%	19,1%	4,6%	3,9%	4,2%

* Zahlen gerundet & ohne Enthaltungen

Beurteilung der gegenwärtigen Wirtschaftslage



II. Tendenz der Wirtschaftsentwicklung in den nächsten neun Monaten

Auf die Frage

“Glauben Sie, dass sich die Wirtschaftslage in den nächsten neun Monaten verändern wird?”

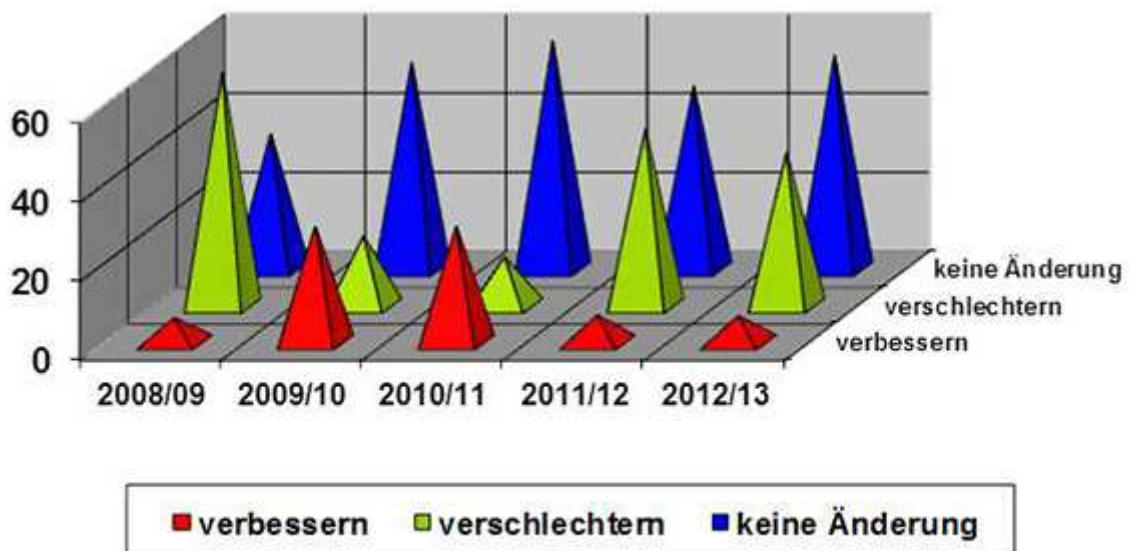
antworteten:*

	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13
verbessern	6,3%	29,5%	29,5%	7,0%	8,8%
verschlechtern	59,2%	17,8%	12,5%	44,9%	35,8%
keine Änderung	34,5%	52,6%	58,0%	46,5%	55,4%
keine Antwort	-----	-----	-----	1,6%	-----

* Zahlen gerundet

Der Mittelstand ist mit der Wirtschaftsentwicklung zufrieden, denn mehr als die Hälfte der antwortenden Unternehmen rechnet mit keinen Änderungen. Nur noch 8,8 Prozent rechnen damit, dass sich die Lage verbessern wird, was angesichts der schon positiven Lage kein Wunder ist. Immerhin 35,8 Prozent der antwortenden Unternehmer rechnen mit einer Verschlechterung der Wirtschaftslage.

Tendenz der Wirtschaftsentwicklung



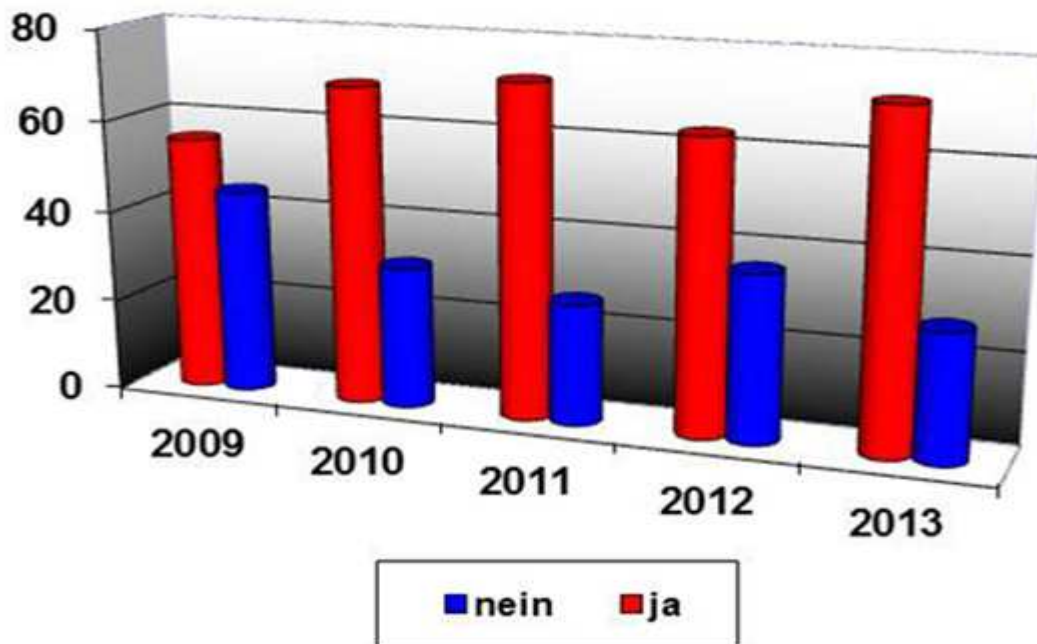
III. Investitionsplanung 2013

Auf die Frage
“Planen Sie in 2013 zu investieren?”
 antworteten:*

	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13
ja	55,5%	69,2%	72,1%	63,4%	71,9%
nein	44,5%	30,8%	26,3%	36,2%	27,7%
Enth./k. Antwort	-----	-----	1,6%	0,4%	0,4%

* Zahlen gerundet

Planen Sie 2013 zu investieren?



Die Investitionsneigung ist gegenüber dem Vorjahr wieder leicht angestiegen und liegt nun etwa auf der Ebene des Jahres 2010/11. Auch die Antworten auf die Frage nach der Art der Investitionen zeigen fast die gleichen Werte wie 2010.

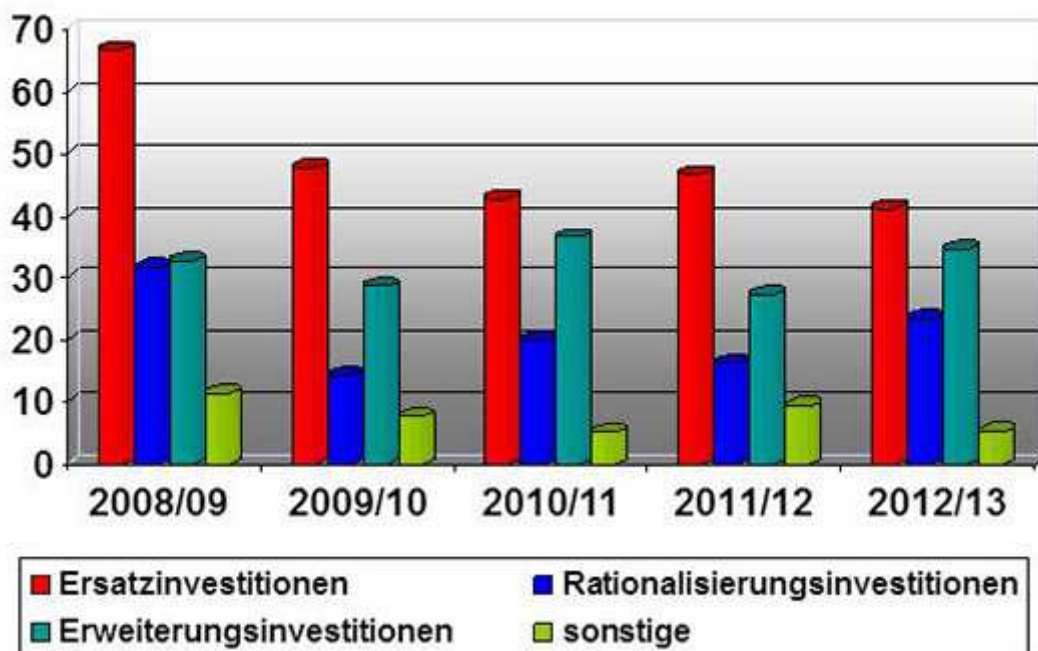
Bei den Investitionsarten haben sich Änderungen ergeben: Die Ersatzinvestitionen sind mit 41,2 Prozent (i.V. 46,7%) leicht gesunken. Der Anteil der Erweiterungsinvestitionen und Rationalisierungsinvestitionen ist dagegen gestiegen (jeweils um ca. 7 Prozentpunkte).

Auf die Frage
“Welche Investitionen planen Sie?”
 antworteten für:*

	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13
Ersatzinvestitionen	66,7%	47,8%	42,8%	46,7%	41,2%
Rationalisierungsinvest.	31,6%	14,2%	20,0%	16,3%	23,5%
Erweiterungsinvest.	32,6%	28,7%	36,6%	27,6%	34,6%
Sonstige	11,4%	7,7%	5,1%	9,4%	4,2%

*Mehrfachnennungen, Erhebungsbasis: die Unternehmen, die bei der Vorfrage mit ja geantwortet hatten (Differenz zu 100% keine Angabe)

Welche Investitionen?



IV. Haupthemmnisse der Wirtschaftsentwicklung

Auf die Frage

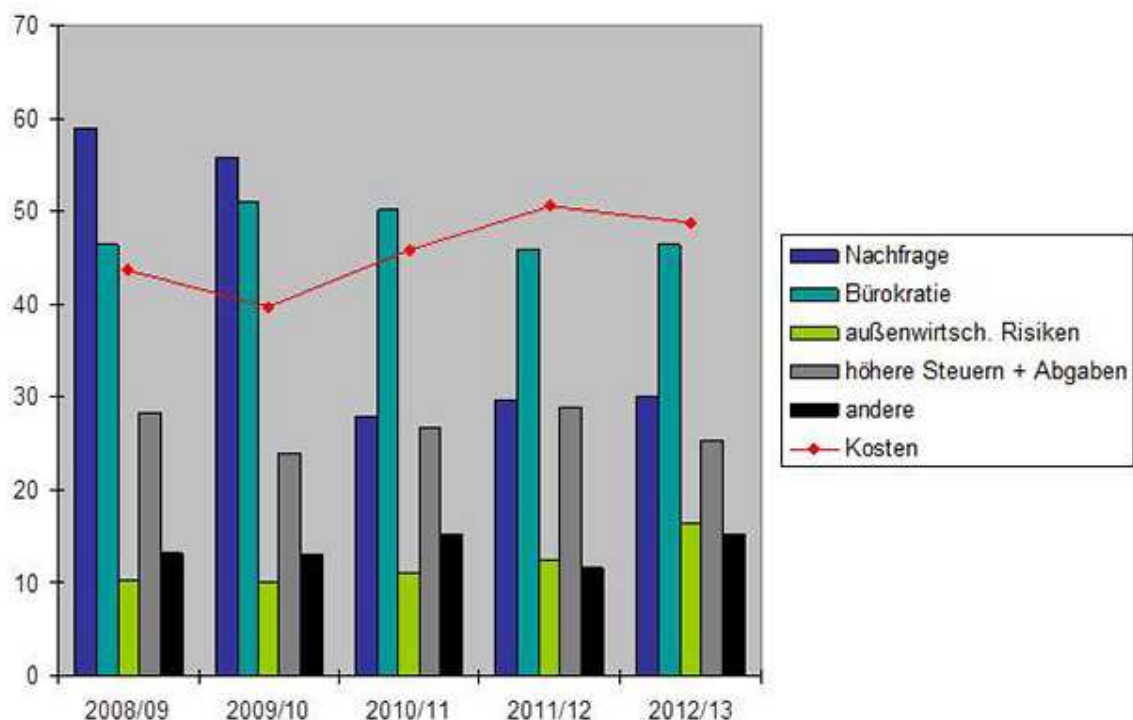
“Worin sehen Sie für Ihren Betrieb derzeit Hemmnisse in der Wirtschaftsentwicklung?”

antworteten für:*

	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13
Nachfrage	59,0%	55,9%	28,0%	29,6%	30,0%
Kosten	43,6%	39,7%	45,8%	50,5%	48,8%
Bürokratie	46,4%	51,0%	50,1%	45,8%	46,5%
Außenwirt. Risiken	10,3%	10,1%	11,1%	12,3%	16,5%
Höh.Steuern/Abg.	28,3%	23,9%	26,8%	28,9%	25,4%
andere	13,1%	12,9%	15,4%	11,6%	15,4%
Enth./k. Antwort	0,8%	1,2%	2,5%	2,3%	1,2%

* Mehrfachnennungen
Zahlen gerundet

Haupthemmnisse der Wirtschaftsentwicklung 2012-2013



Während in den Jahren 2008/9 und 2009/10 die fehlende Nachfrage als Haupthemmnis der Wirtschaftsentwicklung gesehen wurde, spielen inzwischen die Kosten wieder eine wichtige Rolle, sie liegen mit 48,8 Prozent an der Spitze.

Eine ständige Sorge des Mittelstandes gilt der Bürokratie, sie abzubauen ist sozusagen ein Daueranliegen, das von allen möglichen Regierungen versprochen, aber kaum realisiert wurde. 46,5 Prozent halten die Bürokratie für eines der Haupthemmnisse der Wirtschaftsentwicklung. Die außenwirtschaftlichen Risiken werden von den antwortenden Unternehmern mit 16,5 Prozent angesetzt, das ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um rund 4 Prozentpunkte und trägt

der veränderten Situation durch die Euro-Krise Rechnung. In früheren Jahren lag dieser Wert bei ca. 10 Prozent.

Zum Thema Hauptthemen gab es eine Reihe von Anmerkungen. Hier die wichtigsten in beliebiger Reihenfolge:

Staatliche Eingriffe, Energiepreise, Benzinkosten, Verschlechterung der Rahmenbedingungen durch Gesetze und Verordnungen, Zunahme strukturschwacher Gebiete, Fachkräftemangel, fehlendes Konzept für die Energiewende, Banken und Finanzierung, EEG, Zahlungsmoral, usw.

B. Die Beschäftigungssituation in der mittelständischen Wirtschaft

I. Entwicklung der Beschäftigung im Jahr 2013

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

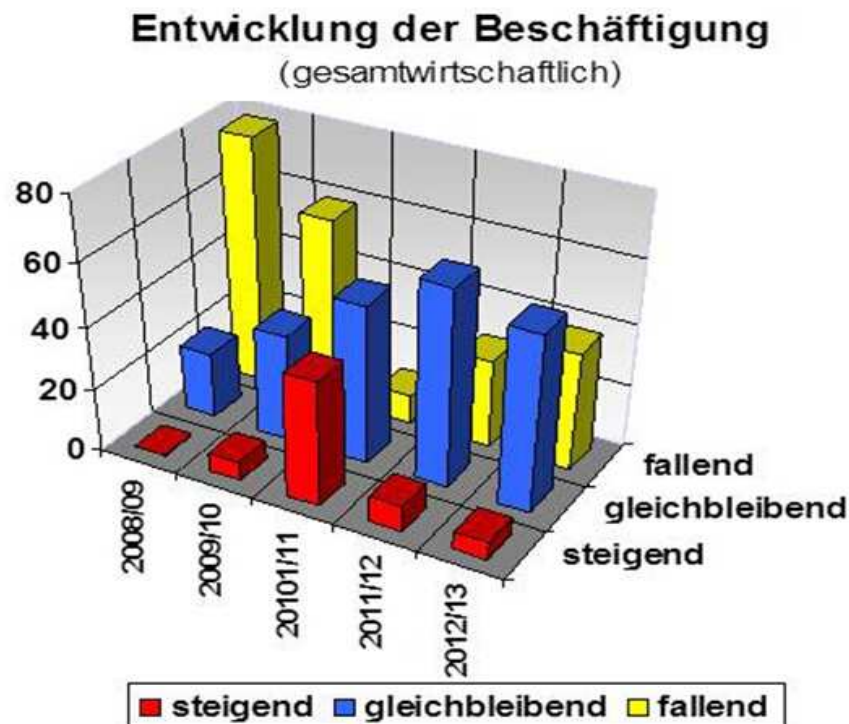
Auf die Frage

1. a "Wie schätzen Sie die Entwicklung der Beschäftigungssituation in der deutschen Wirtschaft ein?"

antworteten:*

	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13
steigend	0,2%	6,1%	40,1%	8,3%	5,8%
gleich bleibend	21,1%	34,0%	50,7%	62,8%	56,2%
fallend	78,2%	59,1%	9,2%	28,2%	37,8%

* Zahlen gerundet



Die größte Zunahme der Beschäftigung lag mit 40,1 Prozent bereits im Jahr 2010. Heuer rechnet der Mittelstand dagegen nur noch zu 5,8 Prozent mit einer weiter steigenden

Beschäftigung. 37,8 Prozent rechnen damit, dass die Beschäftigung im nächsten Jahr zurückgeht, das ist deutlich mehr als in den vergangenen zwei Jahren. Dabei zielt die Frage nach der Beschäftigungsentwicklung „allgemein“ auf die "gefühlte" Tendenz der Beschäftigungsentwicklung, also auf das "Fernbild der Beschäftigungsentwicklung", die von den Unternehmern erwartet wird.

Deshalb fragen wir zur Kontrolle immer danach, was die mittelständischen Unternehmer in ihrem eigenen Betrieb vorhaben.

Dort zeigt sich, dass 22,3 Prozent im eigenen Betrieb mit einer steigenden Zahl von Beschäftigten rechnen. Das sind rund 7 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr und rund 16 Prozentpunkte mehr als die Unternehmer für die allgemeine Beschäftigungsentwicklung erwarten.

Sofern es Entlassungen geben wird, dürften diese wohl wieder eher aus der Industrie kommen als aus dem Mittelstand. Dieser hat Interesse daran seine Mitarbeiter zu halten und sieht sie nicht nur als Produktionsfaktoren.

Beschäftigung in den mittelständischen Unternehmen

Auf die Frage

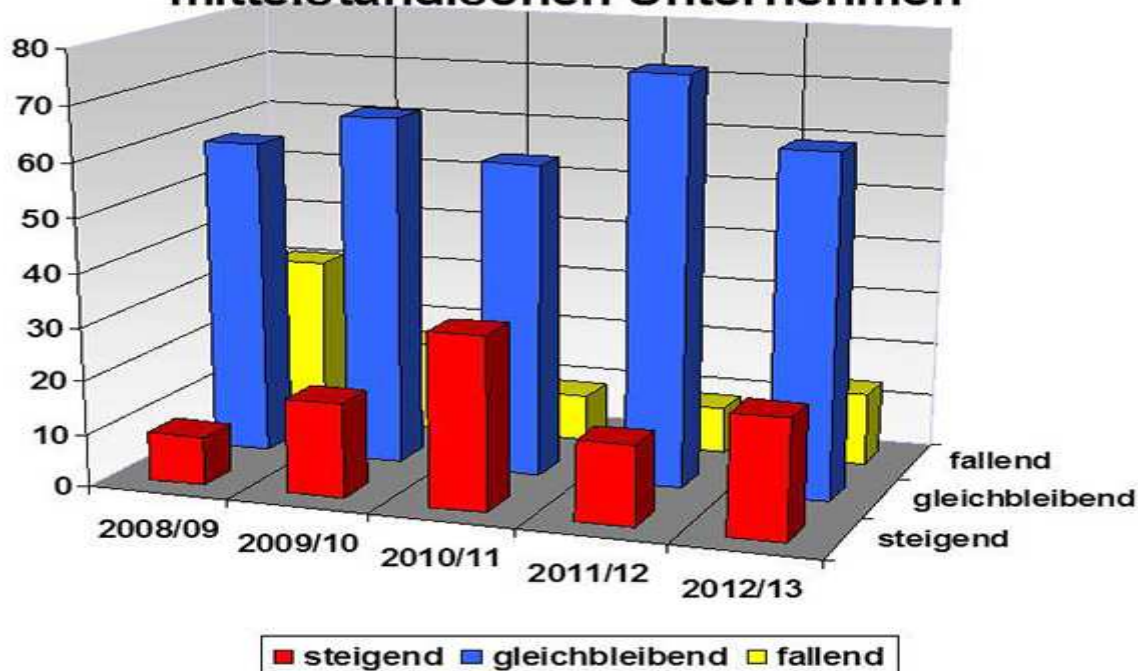
b) **“Wie ist das in Ihrem Betrieb?”**

antworteten:*

	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13
steigend	9,1%	17,8%	32,5%	15,0%	22,3%
gleich bleibend	59,0%	65,2%	58,2%	75,7%	63,5%
fallend	31,3%	16,6%	8,9%	8,6%	13,8%
keine Antwort	0,6%	0,4%	0,4%	0,7%	0,4%

* Zahlen gerundet

Entwicklung der Beschäftigung in den mittelständischen Unternehmen



Die Kontrollfrage: „Was planen Sie in diesem Bereich?“ unterstützt dieses Bild. Immerhin 26,5 Prozent planen Neueinstellungen, nur 14,2 Prozent denken an Einschränkungen. 57,3 Prozent der Unternehmer (i.V. 51,7%) planen aber im eigenen Betrieb keine Änderungen der Beschäftigtenzahl.

Auf die Frage

c) **“Was planen Sie in diesem Bereich?”**

antworteten:*

	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13
Neueinstellungen	11,9%	20,6%	33,9%	19,6%	26,5%
Einschränkungen	36,5%	20,2%	12,7%	13,3%	14,2%
keine Änderungen	48,9%	51,1%	58,3%	51,7%	57,3%
Enth.	0,5%	0,9%	1,7%	0,3%	1,1% *

Zahlen gerundet

Relativ gleich bleibend sind die Antworten auf die Frage, ob genügend qualifizierte Arbeitskräfte zu bekommen sind. 53,1 Prozent (48,8% i.V.) verneinen diese Frage, 45,8 Prozent scheinen zufrieden zu sein.

Für erfahrene, ältere Arbeitnehmer liegt hier die Chance auf einen Arbeitsplatz.

Auf die Frage

d) **“Können Sie genügend qualifizierte Arbeitskräfte bekommen?”**

antworteten:*

	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13
ja	51,8%	60,3%	46,3%	47,8%	45,8%
nein	45,0%	37,6%	49,4%	48,8%	53,1%
k. Antwort/Enth.	3,2%	2,1%	4,3%	3,4%	1,1%

* Zahlen gerundet

Zu dieser Frage gab es wieder eine Reihe von Anmerkungen dazu, welche Arbeitskräfte gesucht werden. Hier die wichtigsten Anregungen in ungeordneter Reihenfolge: Es fehlen ausgebildete Fachkräfte mit Praxiserfahrung, motivierte Facharbeiter, zuverlässige, gut ausgebildete Handwerker, Bauleiter und Bauingenieure, Schweißer, Techniker, Verkäufer, Azubis, Busfahrer, Versicherungskaufleute, Softwareentwickler, Werkzeugmacher und Mechaniker, Fliesenleger, Vertriebsmitarbeiter und Ingenieure, Pädagogen, Hilfskräfte, Buchhalter und Controller, Wirtschaftsingenieure, Zimmerer und Dachdecker, Schlosser, Schreiner, Finanzfachleute, Logistiker und Disponenten, Architekten und Bauzeichner, usw.

II. Anpassung an veränderte Marktsituationen

Bei der Anpassung an veränderte Marktsituationen setzt der Mittelstand weiter deutlich auf die Erschließung neuer Märkte (55,4%) und die Änderung der Produktpalette (31,9%). Obwohl diese Zahlen leicht rückläufig sind, signalisieren sie doch eine offensichtliche Kapazitätsauslastung. Immerhin 16,5 Prozent denken an Kapazitätserweiterungen. Der Anteil derer, die an einen Abbau von Kapazitäten denken, ist von 9 Prozent i.V. auf nunmehr 13,1 Prozent leicht gestiegen.

Auf die Frage

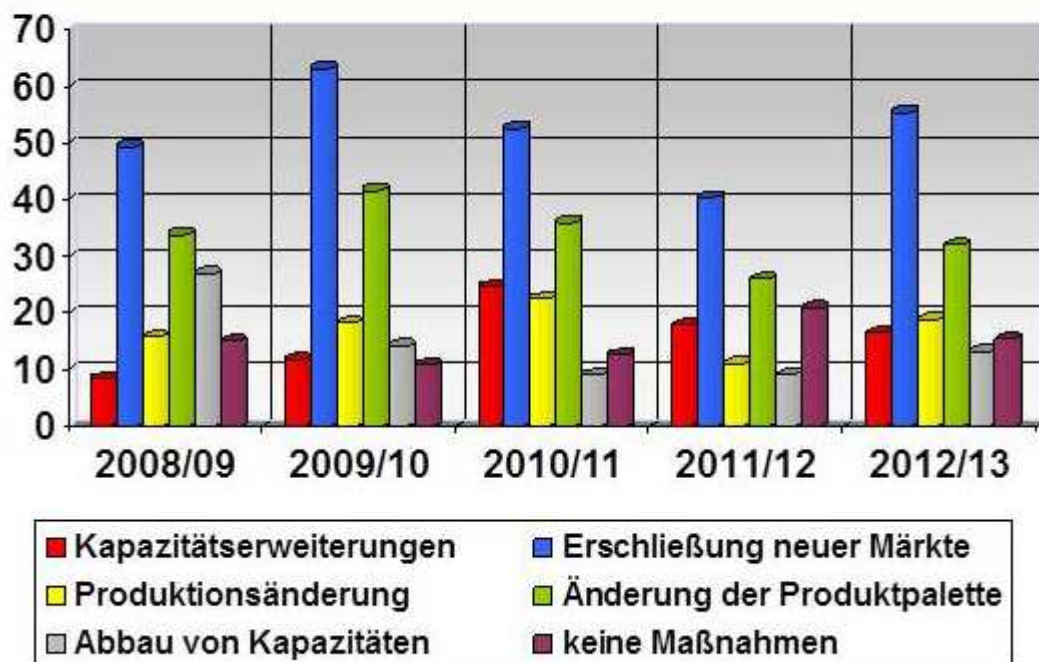
“Welche Maßnahmen werden Sie treffen, um sich den veränderten wirtschaftlichen Bedingungen in Deutschland anzupassen?”

antworteten:*

	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13
Kapazitätserweiterung	8,4%	11,7%	24,7%	17,9%	16,5%
Erschließung neuer Märkte	49,4%	63,2%	52,6%	40,4%	55,4%
Änd. in der Produktion	15,9%	18,2%	22,5%	11,0%	18,8%
Änd. der Produktpalette	34,0%	41,7%	36,0%	25,9%	31,9%
Abbau von Kapazitäten	26,9%	14,2%	9,2%	9,0%	13,1%
keine Maßnahmen	15,0%	10,9%	12,7%	20,9%	15,4%
Enthaltungen	1,4%	1,2%	1,9%	4,0%	2,7%

*(Mehrfachnennungen)

Marktanpassung



III. Betriebsgrößen und Branchen der befragten Unternehmer

Auf die Frage

“Wie viele Arbeitnehmer beschäftigen Sie derzeit?”

antworteten:*

unter 50 Beschäftigte	48,1%	
51 - 100 Beschäftigte	5,8%	
101 - 250 Beschäftigte	30,8%	
251 - 500 Beschäftigte	9,2%	
501 Beschäftigte und mehr	6,1%*	* Rundungsdifferenz zu 100% d. Enth.

Die antwortenden Unternehmer nach Branchen:

Maschinenbau	11,5%	
Elektrotechnik	6,9%	
EDV/ITK	1,5%	
Chemische & pharmazeutische Industrie	2,3%	
Kfz: Werkstätten & Handel	3,8%	
Bau-Steine-Erden	12,3%	
Nahrung und Genussmittel	3,8%	
Dienstleistungen	34,6%	
Finanzdienstleistungen, Versicherungen	9,2%	
Handwerk	12,3%	
Sonstige	20,4%	**Mehrfachnennungen

Weitere Firmen und anderen Branchen: Druck und Verlag, Großhandel, Immobilien, Bergbau/Entsorgung, Metallverarbeitung, Import-Export, Holzindustrie, Kunststoffherstellung und Verarbeitung, Speditionen und Logistik, Heizungsbau und Solar, Textil und Bekleidung, Medizintechnik, Fahrzeugbau, Papier und Keramik, Schifffahrt, Möbel, Feinmechanik-Optik, Personalmanagement.

C. Fragen zur Politik und Bundesregierung Handlungsbedarf, Schuldenkrise, Banken, Energiewende

Obwohl sich die Koalition halbherzig zur Ankündigung von Steuersenkungen für das Jahr 2013 durchgerungen hat, bleiben andere Felder der Innenpolitik nach wie vor unbearbeitet. Praxisgebühr und Betreuungsgeld scheinen der Regierung wichtiger zu sein als das heiße Eisen Sozialversicherung anzupacken. Leider ist hier auch nicht mit der Unterstützung der SPD zu rechnen, auf die Rentensenkungen und Teilprivatisierung der Rente zurückgehen. Inzwischen glaubt von den seriösen Experten niemand mehr daran, dass dies eine kluge Politik war. Fehler rückgängig zu machen, ist aber auch in der Politik nicht einfach. Der Mittelstand hält zu 80,8 Prozent stabile oder sinkende Beiträge in der Sozialversicherung für wichtig. Wenn man sich in Brüssel gerade noch vor Weihnachten auf eine europäischen Bankenaufsicht bei der EZB geeinigt hat, die aber erst 2014 kommen soll, kann der Mittelstand deutsche Maßnahmen zur Zähmung der Banken und des „Monsters“ Kapitalmärkte kaum erkennen. Wie wenig die Verantwortlichen in der Vergangenheit hier getan haben, zeigen nicht erst Dutzende Prozesse gegen Banken weltweit, nicht zuletzt gegen die Deutsche Bank hier.

Die Agenda 2010 hat zwar den Arbeitsmarkt flexibler gemacht. Unerwünschte Nebeneffekte und Missbrauchsmöglichkeiten sollten nun aber bald behoben werden. Der Mittelstand hat das erkannt und sieht den Handlungsbedarf in den nachfolgenden Politikbereichen vor allem in der Finanzpolitik, Steuerpolitik und der Sozialpolitik.

Auf die Frage:

1. Wie schätzen Sie heute den Handlungsbedarf in den nachfolgenden Politikbereichen ein?

antworteten:

Rangreihenbenotung Note 1 bis 3

Rang 1	Finanzpolitik (Staatsverschuldung, Euro usw.)	92,3% i.V. 96,0%
Rang 2	Steuerpolitik (Unternehmenssteuern)	85,8% i.V. 76,7%
Rang 3	Sozialpolitik (Rente, Gesundheit)	85,4% i.V. 85,4%
Rang 4	Beschäftigungspolitik (Arbeitslosigkeit)	61,1% i.V. 61,4%
Rang 5	Deutschlandpolitik (neue Bundesländer)	45,4% i.V. 51,8%

Weitere Anregungen: Staat zu teuer, Bürokratieabbau und Verschlankung der Verwaltung, mangelnde Kontinuität in der Politik macht Planbarkeit nicht möglich, gesetzliche Regelungen eindeutiger gestalten, höhere Abgaben für Infrastruktur, Förderung der Bildung und Integration junger Ausländer, Rücknahme von Steuererleichterungen für die Großindustrie, Steuergerechtigkeit, keine weitere Aufnahme von Risikoländern in die EU, Qualifizierung von Arbeitslosen direkt in Firmen, nicht in subventionierten und überflüssigen Bildungsträgern, weniger Bundesländer, weniger Abgeordnete, weniger Subventionen, u.a.

Schuldenkrise

Auf die Frage:

2. Der Kanzlerin wird von der Opposition und anderen Staaten vorgeworfen, sie setze die deutschen Vorstellungen von Krisenpolitik in Europa einseitig durch („wilhelminische Politik“). Ist dieser Vorwurf gerechtfertigt?

antworteten:

11,2% ja 77,7% nein 10,8% weiß nicht 0,3% Enth.

Obwohl die Europa-Politik der Kanzlerin häufig abwartend war und dadurch Probleme verschlimmert hat, die durch rasches Handeln gar nicht erst entstanden wären, genießt sie beim Mittelstand hohes Ansehen. 77,7 Prozent halten den Vorwurf, sie betreibe eine einseitige Durchsetzung deutscher Interessen bei der Krisenpolitik („wilhelminische Politik“/deutsches Vormachtstreben) für falsch. Die Politik Wilhelms II. war, in der Blütezeit des Imperialismus, auch auf eine Etablierung Deutschlands als Weltmacht gerichtet. Kritiker im In- und Ausland werfen Kanzlerin Merkel eine ähnliche Politik vor, die deutsche Interessen einseitig durchsetze. Erst auf Druck der anderen Länder ist sie in der Tat scheinbar von ihrer oft harten Linie abgewichen. Der Mittelstand ist dafür, den Sparkurs in den EURO-Schuldenstaaten strikt beizubehalten (62,3% der Antwortenden sind dieser Meinung), 78,5 Prozent sind der Meinung, man sollte Griechenland erst nach „Erreichung einer effizienteren Verwaltung“ helfen. 54,2 Prozent der Unternehmer ist der gemeinsame EURO wichtig und 32,1 Prozent sind der Ansicht, dass der gemeinsame EURO wichtig ist für das Zusammenwachsen der europäischen Länder. Nur 11,5% glauben, dass Deutschland dauerhaft Zahlmeister in der EU bleibt.

Auf die Frage:

3. Ist es Ihrer Ansicht nach richtig, die EURO-Schuldenstaaten zu rigorosen Sparmaßnahmen zu zwingen, auch wenn dies dort zu steigender Arbeitslosigkeit und Kaufkraftverlust führt?

Oder plädieren Sie eher für EU-Förderprogramme, um die Wirtschaft, insb. Investitionen, anzuregen?
antworteten:

- 31,2% mehr Förderprogramme
- 62,3% Sparkurs strikt beibehalten
- 5,0% weiß nicht
- 1,5% Enth.

Auf die Frage:

4. Griechenland hat nicht nur zu viele Schulden sondern auch erhebliche strukturelle Probleme. So fehlt z. B. ein amtliches Kataster ebenso wie eine geordnete Finanzverwaltung. Sollte dem Land nur geholfen werden, wenn es eine effizientere Verwaltung erreicht hat?

antworteten:

- 78,5% ja
- 19,2% nein
- 2,3% weiß nicht

Auf die Frage:

5. Soll Deutschland aus dem EURO aussteigen und mit anderen geeigneten Ländern eine neue Währungsunion bilden, die harten Stabilitätskriterien unterliegt?

antworteten:

- 54,2% nein, der gemeinsame EURO ist wichtig für Deutschland als Exportland
- 32,1% nein, der gemeinsame EURO ist wichtig für das Zusammenwachsen der europäischen Länder, was gefördert werden muss
- 21,9% ja, aufgrund der unterschiedlichen Strukturen kann die Währungsunion nicht funktionieren
- 11,5% ja, sonst bleibt Deutschland dauerhaft Zahlmeister
- 2,3% weiß nicht

Bankenregulierung

Auf die Frage:

6. Die Banken haben eine wichtige Rolle bei der Entstehung der europäischen Schuldenkrise gespielt. Die Kanzlerin versprach daher Maßnahmen zur Regulierung des Bankensystems. Sehen Sie solche Maßnahmen der Regierung?

antworteten:

- 21,9% ja
- 71,5% nein
- 5,8% weiß nicht
- 0,8% Enth.

71,5 Prozent der Mittelständler vermissen solche Maßnahmen. Sie sind, wie von der Unionsführung behauptet wird, aber inzwischen erfolgt. Nur einer breiten Öffentlichkeit sind sie nicht bekannt.

Es ist zu hoffen, dass wenigstens die mutmaßlich betroffenen Banken etwas von solchen Maßnahmen der Bundesregierung bemerkt haben.

Ob indes der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück mit seinem Konzept solche Maßnahmen in die Tat umsetzen wird, wird von 60,4 Prozent der Mittelständler bezweifelt. Nur 26,2 Prozent trauen Steinbrück das zu.

Auf die Frage:

7. Der Kanzlerkandidat der SPD, Peer Steinbrück, hat ein Konzept vorgelegt solche Maßnahmen in die Tat umzusetzen. Trauen Sie es Steinbrück zu diese zu realisieren?

antworteten:

26,2% ja 60,4% nein 13,8% weiß nicht

Auf die Frage:

8. Der Staat hat im Zuge der Finanzkrise mit dem Verweis auf die „Systemrelevanz“ den Konkurs überschuldeter Banken verhindert, auch mittels der sog. Bad Banks. Halten Sie dies für richtig oder fordern Sie, dass auch Banken in Konkurs gehen sollen, wie jede andere Firma?

antworteten:

25,8% Bankenrettung war richtig

70,0% auch Banken sollen in Konkurs gehen, denn die Bad Bank Lösungen sind nur eine Abwälzung der Lasten auf die Steuerzahler und Verschiebung des Konkurses in die Zukunft

4,2% weiß nicht

„Mittelständische Unternehmen sind Unternehmen, die Konkurs machen können, ohne dass der Staat eingreift“. So definierte einst Wolfgang Kartte, der Präsident des Bundeskartellamtes den Mittelstand. Warum eigentlich nicht auch Banken, fragt sich der Mittelstand und ist zu 70 Prozent der Meinung, dass auch Banken in Konkurs gehen sollten. Nur 25,8 Prozent sind der Meinung, dass die Bankenrettung richtig war.

Energiewende

Auf die Frage:

9. Energieintensive Unternehmen, z. B. aus der Chemie- oder Stahlindustrie, sind von Umlagen aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) weitgehend entlastet, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu schützen. Halten Sie das für gerechtfertigt?

antworteten:

36,9% ja 58,5% nein 4,6% weiß nicht

Sind Sie davon betroffen?

9,2% ja 87,3% nein 0,8% weiß nicht 2,7% Enth.

Auf die Frage:

10. Sehen Sie in erneuerbaren Energien auch eine Chance für Ihr Unternehmen oder profitieren bereits davon, z. B. als Betreiber oder als Lieferant? antworten:

32,3% ja 63,1% nein 4,2% weiß nicht 0,4% Enth.

Wenn ja, in welchem Bereich?

22,7% Sonne 4,6% Wasser 10,0% Wind 5,0% Biomasse 1,9% Biosprit

Auf die Frage:

11. Die Energiewende wird verzögert durch Bürgerproteste und langwierige Genehmigungsverfahren für den Bau neuer Stromleitungen oder Kraftwerke. Sollten Ihrer Meinung nach die Mitwirkungsrechte von Bürgern, Ländern und Kommunen stärker eingeschränkt werden?

antworteten:

53,8% ja 40,8% nein 4,6% weiß nicht 0,8% Enth.

D. Arbeitsmarkt und Sozialpolitik

Auf die Frage:

Zur Zeit stehen neben der Umsetzung der Energiewende besonders noch die Themen Einführung von Mindestlöhnen, Betreuungsgeld, Senkung der Sozialversicherungsbeiträge und die Bildungspolitik auf der Tagesordnung. Für wie wichtig halten Sie diese Themen?

antworteten:

Mindestlöhne:

50,8% wichtig 45,4% unwichtig 3,8% weiß nicht

Betreuungsgeld:

14,6% wichtig 79,6% unwichtig 5,8% weiß nicht

Sozialversicherungsbeiträge:

80,8% wichtig 16,5% unwichtig 2,7% weiß nicht

Bildungspolitik:

94,2% wichtig 3,5% unwichtig 2,3% weiß nicht

E. Fragen zu den Parteien

Auf die Frage:

1. Wie beurteilen Sie den Kurs von CDU/CSU + FDP?

antworteten:

CDU	gut	53,1%	weniger gut	37,3%	negativ	6,9%	Enth.	2,7%
CSU	gut	34,6%	weniger gut	45,0%	negativ	16,3%	Enth.	4,2%
FDP	gut	13,5%	weniger gut	45,4%	negativ	37,3%	Enth.	3,8%

Im Vorjahr:

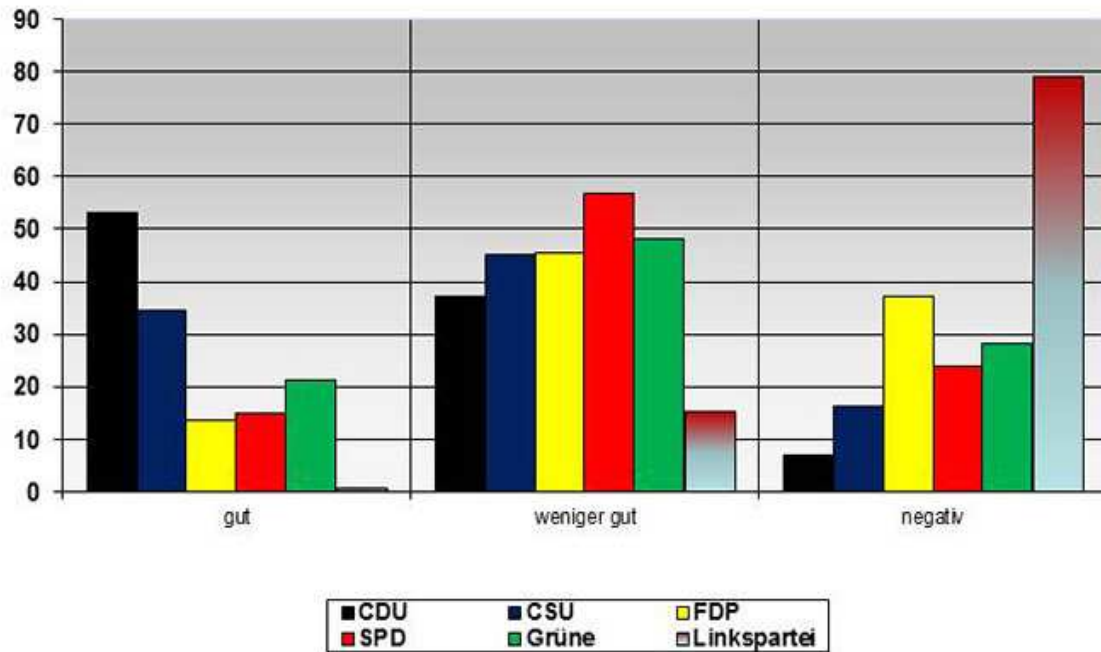
CDU	gut	26,9%	weniger gut	52,2%	negativ	18,3%*
CSU	gut	24,6%	weniger gut	50,5%	negativ	21,9%*
FDP	gut	7,0%	weniger gut	35,2%	negativ	55,1%*

Im Jahr 2010:

CDU	gut	27,8%	weniger gut	50,5%	negativ	18,7%*
CSU	gut	13,8%	weniger gut	54,7%	negativ	28,5%*
FDP	gut	9,5%	weniger gut	41,5%	negativ	45,3%*

*Differenz zu 100% = Enthaltungen

Wie beurteilen Sie den Kurs der Parteien 2012-13?



Auf die Frage:

2. Nach neueren Umfragen muss die FDP sich sorgen, nicht mehr in den Bundestag gewählt zu werden. Sehen Sie in der FDP noch eine Partei, die sich stärker als andere den Anliegen der Unternehmer und Selbstständigen annimmt?

antworteten:

31,5% ja 59,2% nein 7,3% weiß nicht 1,7% Enth.

Auf die Frage:

3. Wie beurteilen Sie den Kurs der Opposition?

antworteten:

SPD	gut	15,8%	weniger gut	57,9%	negativ	21,6%	Enth.	4,2%
GRÜNE	gut	21,0%	weniger gut	47,4%	negativ	28,4%	Enth.	2,6%
Linkspartei	gut	0,5%	weniger gut	15,3%	negativ	78,9%	Enth.	4,6%

Im Vorjahr:

SPD	gut	15,0%	weniger gut	56,9%	negativ	23,4%*
GRÜNE	gut	19,3%	weniger gut	46,5%	negativ	31,9%*
Linkspartei	gut	2,7%	weniger gut	19,3%	negativ	75,7%*

Im Jahr 2010:

SPD	gut	4,6%	weniger gut	50,7%	negativ	40,4%*
GRÜNE	gut	19,2%	weniger gut	39,0%	negativ	37,7%*
Linkspartei	gut	2,7%	weniger gut	16,0%	negativ	77,0%*

Auf die Frage:

4. Erwarten Sie von einer großen Koalition eine erfolgreichere Politik als von der gegenwärtigen?

antworteten:*

ja 49,2% nein 42,3% weiß nicht 6,9% Enth. 1,6%

Im Vorjahr:

ja 46,5% nein 44,5% weiß nicht 6,6%*

Auf die Frage:

5. Mit dem Machtwechsel in Baden-Württemberg findet Rot/Grün selbst in konservativen Kreisen mehr Anklang. Sehen Sie angesichts dieser Entwicklung eine Chance für Steinbrück mit einer rot/grünen Koalition?

antworteten:

28,8% ja 55,8% nein 13,8% weiß nicht Enth. 1,6%

*Differenz zu 100% = Enthaltungen

Zusammenfassung

Zufriedenheit im dritten Jahr. Ohne Konjunktur-Sorgen geht der Mittelstand ins neue Jahr

Die mittelständischen Unternehmen in Deutschland sind mit der derzeitigen wirtschaftlichen Lage durchaus zufrieden. Trotz vereinzelter Klagen im Umfeld und vor allem aus der Automobilindustrie, die aber auch an ihren Überkapazitäten leidet, ist der Optimismus im Mittelstand groß. Dies ergab die UMU-Umfrage zur Jahreswende 2012-2013 bei 6.000 mittelständischen Unternehmen in ganz Deutschland.

53,1 Prozent der antwortenden Unternehmer bezeichneten die derzeitige Wirtschaftslage als gut, 42,7 Prozent als mäßig und nur 4,2 Prozent als schlecht. Das ist noch eine geringfügige Verbesserung gegenüber dem Vorjahr.

Auch die weitere Entwicklung wird vom Mittelstand durchaus positiv gesehen. 8,8 Prozent erwarten eine weitere Verbesserung, 55,4 Prozent keine Änderung. Allerdings gibt es auch 35,8 Prozent, die mit einer Verschlechterung rechnen. Im Vorjahr waren das noch 44,9 Prozent.

Der Stimmung entsprechend ist die Investitionsneigung hoch, 71,9 Prozent wollen investieren (im Vorjahr waren es 63,4%).

Bei den Investitionsarten haben sich Änderungen ergeben: Die Ersatzinvestitionen sind mit 41,2 Prozent (i.V. 46,7%) leicht gesunken. Der Anteil der Erweiterungsinvestitionen und Rationalisierungsinvestitionen ist dagegen gestiegen (jeweils um ca. 7 Prozentpunkte).

Nicht ganz so positiv wie die Grundstimmung sind die Erwartungen an die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsentwicklung. Nur noch 5,8 Prozent (8,3% i.V.) rechnen damit, dass die Beschäf-

tigung weiter steigen wird. 37,8% (i.V. 28,2%) erwarten gesamtwirtschaftlich einen Rückgang der Beschäftigung.

Anders sieht es der Mittelstand in seinen Unternehmen. Hier rechnen 22,3 Prozent (i.V. 15%) mit einer steigenden Beschäftigung (26,5 Prozent planen selbst Neueinstellungen) und 63,5 Prozent (i.V. 75,7%) glauben, dass diese gleich bleibt (57,3% wollen selbst keine Änderung vornehmen). Immerhin 14,2 Prozent (i.V. 13,3%) planen aber auch Einschränkungen.

Etwa die Hälfte der Unternehmer (45,8%) gaben an genügend qualifizierte Arbeitskräfte zu bekommen, die andere Hälfte (53,1%) beklagt sich darüber nicht genügend solche Arbeitskräfte zu finden.

Politik, Wirtschaft und der EURO

Den Vorwurf, Merkels Krisenpolitik in Europa sei einseitig an deutschen Vorstellungen ausgerichtet, wie vielfach behauptet wird, machen sich 77,7 Prozent der Unternehmer nicht zu eigen. Nicht überall in Europa wird das von den Betroffenen so gesehen. In Griechenland, Spanien, Portugal und Italien stößt Merkels „sparen um jeden Preis“ auf Ablehnung.

Die befragten mittelständischen Unternehmer stützen aber die Sparpolitik der Kanzlerin und sind zu 78,5 Prozent der Ansicht, dass Griechenland nur geholfen werden soll, „wenn es eine effizientere Verwaltung erreicht hat“.

Wo es in Ländern der EU, wie in Griechenland, strukturelle Defizite gibt, sollte dennoch durch geeignete Maßnahmen geholfen werden. Sparkurse ohne flankierende Maßnahmen stören und zerstören gesellschaftliche Strukturen und den sozialen Frieden in den betroffenen Ländern. Sie schädigen auch die Märkte. Das fällt auf die Exportnation Deutschland zurück, wie sich an den Absatzzahlen der Mittelklasse bei der Automobilindustrie bereits zeigt. Der Mittelstand lehnt daher auch einen „Sonder-EURO“ mit harten Stabilitätskriterien und zusammen mit einigen anderen Ländern ab. 54 Prozent sind dagegen.

Die Rettung des EURO, überwiegend eine erneute Subventionierung der Banken durch die Steuerzahler in den betroffenen Ländern, kann nach wie vor nicht als endgültiger Erfolg angesehen werden.

Mittelfristig sind die Prognosen für den EURO, zumindest wenn man US-Experten glauben will, eher negativ. Da mag zwar wohl oft der „Wunsch Vater des Gedankens“ sein, aber ein Restrisiko bleibt.

Wer an Europa zweifelt und nicht mit Leidenschaft dafür kämpft, schafft die Voraussetzung für die Abschaffung der gemeinsamen Währung. Nationale Egoisten schaden Europa und atomisieren dessen weltpolitischen und ökonomischen Einfluss.

Innenpolitisch wurden, wie in der Wahlperiode zuvor, von der Regierung viele ihrer angekündigten Maßnahmen nicht, oder nur teilweise realisiert und Versprechungen nicht eingehalten. Der Mittelstand vermisst z.B. Vereinfachungen im Steuerrecht - allein 40 Milliarden Euro MwSt-Betrag werden nicht bekämpft.

Bei den Maßnahmen zur Begrenzung der Bankenmacht geht es nur in Trippelschritten voran. So langsam, dass 71,5 Prozent der mittelständischen Unternehmer davon bisher nichts bemerkt haben. Auch Banken sollen in Konkurs gehen können, meinen 70 Prozent der mittelständischen Unternehmer, auch wenn rund 26 Prozent die Bankenrettung für richtig halten. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen: Banken können sich mit Hilfe einer Bad Bank ihrer Schulden entledigen, Unternehmen (z.B. Schlecker) bekommen nicht die Chance einer „Bad Company“, um ihre Schulden zu restrukturieren.

Mindestlöhne, von der Union in Lohnuntergrenzen umgetauft, halten inzwischen 51 Prozent der mittelständischen Unternehmer für wichtig. Dafür, dass sich die Regierung um die Senkung bzw. Stabilität der Sozialversicherungsbeiträge kümmern soll, sind 80,8 Prozent.

Die kleinen und mittleren Unternehmen leben aus der Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Mitarbeitern. Die Tugenden der ehrbaren Kaufleute tragen diese Zusammenarbeit. Sie müssen künftig wieder mehr als bisher zum gestaltenden Element der sozialen Marktwirtschaft werden.

Dazu ist es notwendig die Rahmenbedingungen zu verbessern und ggf. Instrumente zu schaffen, die geeignet sind, für eine breit aufgestellte und mittelständisch strukturierte Wirtschaft zu sorgen.

Es gibt eine Reihe von Hinweisen darauf, dass die Soziale Marktwirtschaft, wie sie Ludwig Erhard verstanden hat, im Deutschland des 21. Jahrhunderts nicht mehr existiert.

Wie die neueste Untersuchung des DIW und der Universität Bremen für die Bertelsmann-Stiftung zeigt, schrumpft die Mittelschicht in Deutschland dramatisch und ist in den vergangenen Jahren um mehr als fünf Millionen kleiner geworden. "Gemessen an den Reallöhnen, dem realen Haushaltsnettoeinkommen und dem Vermögen hat die Einkommensmittelschicht in Deutschland in den vergangenen Jahren zum Teil deutliche Einbußen erlitten", zitiert die Süddeutsche Zeitung aus der Studie. Das trifft auch für die kleinen Selbstständigen zu.

Das Versprechen "Wohlstand für alle", Titel des berühmten Buches von Ludwig Erhard, werde "nicht mehr so eingelöst wie noch in der langen Phase seit den fünfziger Jahren", heißt es in der Studie. Auch wenn in Zeiten mit weniger Wachstum, wie in den letzten Jahren, weniger verteilt werden kann, ist es Aufgabe der Regierung, für eine entsprechende Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen. Die „Mittelstandspolitik“ eignet sich besonders gut für Wahlreden. Sie war aber immer auch eine Politik des Nachteilsausgleichs für kleine und mittlere Unternehmen.

Es wäre ein Grund die Kanzlerin Merkel wieder zu wählen, wenn sie das erkennen und durch sie geeignete Maßnahmen realisieren würde. Eine stärkere Einbindung des Mittelstandes, der dieses Land trägt, ist dafür erforderlich.

Energiewende

So groß die Zustimmung zur Energiewende vor einem Jahr auch war, jetzt macht sich im Mittelstand Enttäuschung breit. Zum Einen wegen eines nicht erkennbaren Konzepts. Zum Anderen wegen der Bevorzugung energieintensiver Industriebetriebe, die von Umlagen aus dem EEG weitgehend verschont werden. 58,5 Prozent der antwortenden Unternehmer halten das für nicht gerechtfertigt. Nur 32,3 Prozent der mittelständischen Unternehmer sehen in erneuerbaren Energien Chancen für ihr Unternehmen.

Der Mittelstand ist für die rasche Umsetzung der Energiewende. 53,8 Prozent der Antwortenden sind der Meinung, dass Mitwirkungsrechte von Bürgern, Ländern und Kommunen eingeschränkt werden sollten, um Verzögerungen bei der Energiewende durch Bürgerproteste und langwierige Genehmigungsverfahren zu begrenzen.

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Im Moment stehen neben der Umsetzung der Energiewende noch die Themen Mindestlöhne, Betreuungsgeld, Sozialversicherung und Bildungspolitik auf der Agenda. Von den o.g. Themen hält der Mittelstand das Thema Bildungspolitik mit 94,2 Prozent für absolut vorrangig.

80,8 Prozent sind der Meinung dass sich die Politik um das Thema Sozialversicherungsbeiträge kümmern sollte. Immerhin 50,8 Prozent der Mittelständler sind inzwischen der Meinung, dass die Einführung von Mindestlöhnen wichtig sei.

Der Kurs der Parteien

Bei der Beurteilung der Parteien haben die Regierungsparteien gegenüber dem Vorjahr z.T. kräftig zugelegt. Auf die Frage „Wie beurteilen Sie den Kurs von CDU/CSU und FDP?“, hat die CDU ihr Ergebnis bei der Note „gut“ mit einem Anstieg auf 53,1 Prozent fast verdoppelt (i.V. 26,9%). Die CSU stieg um 10 Prozentpunkte auf 34,6 Prozent (i.V. 24,6%). Verbessert hat sich auch die FDP, von 7,0 Prozent im Vorjahr auf nunmehr 13,5 Prozent. Allerdings sehen 59,2 Prozent der Unternehmer in der FDP keine Partei, die sich stärker als andere den Anliegen der Unternehmer und Selbstständigen annimmt.

Während die Regierungsparteien zu Beginn des Wahljahres 2013 zugelegt haben, steigt die Positivwertung der Opposition nicht in gleicher Weise. Die SPD legte bei der Bewertung „gut“ von 15 Prozent im Vorjahr auf nunmehr 15,8 Prozent nur um 0,8 Prozentpunkte zu. Mehr profitieren „Die Grünen“: Sie steigen bei der Bewertung „gut“ von 19,3 Prozent i.V. auf nunmehr 21 Prozent. Die Linkspartei fällt in der Not „gut“ auf 0,5 Prozent zurück.

Die Sehnsucht nach einer großen Koalition ist weiter groß. 49,2 Prozent erwarten sich von ihr eine erfolgreichere Politik als von der gegenwärtigen Koalition. Für eine rot/grüne Koalition unter einem Kanzler Peer Steinbrück sehen nur 28,8 Prozent eine Chance, 55,8 Prozent sehen diese Chance nicht.

Rückfragen bitte an:

Jürgen E. Metzger, mpb-press J. Metzger, Unggenriederstr. 19, D-87778 Stetten b. Mindelheim
Tel. 08261 763 6066, Fax 08261 763 6067, E-Mail info@journal-mittelstand.de

Union Mittelständischer Unternehmen e.V. – UMU – Wir Eigentümerunternehmer, Präsident Hermann Sturm, PR Johann Stigler, Edelsbergstraße 8, 80686 München, Tel. 089-570070, Fax 089-57007-260, E-Mail: info@umu.de, www.umu.de

20. Dezember 2012